

Bayerns kommunale Wasserversorgung im Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortlichkeit und Liberalisierung

Konrad HURLER

Bayern weist mit mehr als 2.700 Wasserversorgungsunternehmen (WVU) und rd. 4.000 Wassergewinnungsanlagen die kleinräumigste Versorgungsstruktur im Vergleich zu allen anderen Ländern Deutschlands auf. 93 Prozent des in Bayern geförderten Trinkwassers können wegen der günstigen hydrologischen Verhältnisse aus Grundwasser gewonnen werden – im Bundesdurchschnitt sind es nur 70 Prozent. Zwei Drittel des geförderten Wassers können dank des seit langem praktizierten flächendeckenden Grundwasserschutzes noch ohne jede Aufbereitung direkt in die Versorgungsnetze eingespeist werden. Inzwischen sind 98,6 Prozent der Einwohner Bayerns an öffentliche Wasserversorgungsanlagen angeschlossen. Dazu investierten die WVU in der Vergangenheit rd. 10,5 Milliarden DM in Brunnen, Hochbehälter und Leitungssysteme, die der Freistaat Bayern mit rd. 6 Milliarden DM förderte.

Die gewachsene Mischstruktur der kommunalen Wasserversorgung in Bayern mit 300 Zweckverbänden, 1500 kommunalen Trägern, 900 Wassergenossenschaften und Verbänden steht heute vor neuen, gewaltigen Herausforderungen. Wirtschaftliche Zwänge, steigender Wettbewerbsdruck, abnehmende Erlöse und die zunehmende Finanznot machen auch vor der kommunalen Wasserversorgung nicht Halt.

Dazu kommt, dass rund ein Drittel der Wasserversorgungsanlagen Mängel aufweist. Vielerorts müssen in den nächsten Jahren Altanlagen aus den Zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts ersetzt werden. Die neue EU-Trinkwasser-Richtlinie brachte schärfere Qualitätsanforderungen, die mit der Trinkwasserverordnung vom 21.05.2001 in nationales Recht umgesetzt wurden und – abgesehen von wenigen Ausnahmen – ab 01.01.2003 in Kraft treten. Gleichzeitig dringt die moderne Analytik immer weiter in die stoffliche Spurenbelastung des Wassers und der Umwelt vor. Eine sichere Wasserversorgung braucht heute mehr denn je gut ausgebildetes Fachpersonal mit höchster Qualifikation. Unser größter Trinkwasserlieferant, die unsichtbare Ressource Grundwasser, ist weiterhin großen diffusen Belastungen ausgesetzt. In einer großen Zahl der untersuchten Wasserfassungen finden sich Pflanzenschutzmittel, auch heute noch das bereits seit 1991 verbotene Atrazin. Die Nitratbelastung der Grundwassererschließungen gibt nach wie vor keinen Anlass zur Entwarnung. Im Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft, kommunaler Bauleitplanung, Infrastruktur und Rohstoffabbau wird die dringend notwendige Ausweisung von Was-

erschutzgebieten immer schwieriger. Der nachhaltige Schutz der natürlichen Wasservorkommen braucht die Unterstützung aller gesellschaftlichen Gruppen.

Liberalisierung, Globalisierung und Privatisierung haben bei Energieversorgung und Telekommunikation zu Kostensenkung und einer völlig veränderten Kunden- und Markterwartung geführt. Die bayerische Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände sprechen sich zwar gegen die Liberalisierung und für die kommunale Verantwortung bei der Wasserversorgung aus; trotzdem werden Struktur, Fachkunde und Effizienz der bayerischen Wasserversorgung mit ihrer hohen Zahl kleiner Betriebs- und Verwaltungseinheiten kritisch zu hinterfragen sein.

Die Versorger müssen sich bewusst sein, dass auch die kommunale Versorgungswirtschaft auf dem Prüfstand steht, sie müssen sich mit den neuen Rahmenbedingungen konstruktiv auseinander setzen. Die Weichen für die Zukunft sind rasch und vorurteilsfrei zu stellen. Zusammenarbeit mit Nachbarunternehmen, Austausch und damit bessere Auslastung teurer Geräte oder gemeinsame Auftragsvergabe und Lagerhaltung von Materialien senken Kosten und schaffen Spielräume für die steigenden Anforderungen.

Betriebliche Kooperationen ermöglichen es, die Leistungsfähigkeit zu erhöhen, Betriebsabläufe weiter zu rationalisieren, den Service für die Bürger und Kunden zu verbessern und damit die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Verstärkte kommunale Zusammenarbeit ist eine erfolgversprechende Entgegnung auf die Forderungen unserer Zeit nach Liberalisierung und Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge.

Wenn sich die kommunalen Träger dieser Chance besinnen, kann es gelingen, die sehr dezentrale bayerische Struktur mit ihrer ortsnahen Gewinnung und Verantwortung für die Zukunft fit zu machen. Dafür ist aber die volle Unterstützung durch Bürger, Verbände und gesellschaftliche Gruppen unerlässlich.

Unser Ziel ist und bleibt:

Ortsnahe Versorgung mit möglichst naturreinem Wasser höchster Qualität zu sozial verträglichen Preisen.

Anschrift des Verfassers:

Konrad Hurler
Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umweltfragen
Rosenkavalierplatz 2
D-81925 München
e-mail: konrad.hurler@stmlu.bayern.de

* Vortrag auf der ANL-Fachtagung „Dorfökologie: Das Wasser im Dorf lassen“ am 29. Januar 2001 in Freising